

Brandenburger:innen schnell und wirksam entlasten

Forderungen des AWO Landesverbandes Brandenburg e. V. an die Landesregierung zur Umsetzung des dritten Entlastungspaketes der Bundesregierung¹

Ziel muss es sein, die gegenwärtigen Herausforderungen durch steigende Energie- und Lebenshaltungskosten im Land Brandenburg gemeinsam zu bewältigen.

Die Folgen dieser ökonomischen Belastungen treffen die Menschen nicht nur finanziell, sondern haben auch Auswirkungen auf die psychische sowie physische Gesundheit, die soziale Teilhabe und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Darüber hinaus sind auch Einrichtungen und Dienste und damit die gesamte soziale Infrastruktur im Land Brandenburg betroffen. Wenn Träger von sozialen Einrichtungen und Angeboten mit diesen immensen Preissteigerungen allein gelassen werden, wird dies zum qualitativen und quantitativen Abbau der Unterstützungs- und Hilfsangebote führen.

Um dieser absehbaren Entwicklung entgegenzuwirken, bedarf es schneller politischer Entscheidungen und entschlossenen Handelns. Die mit dem dritten Entlastungspaket angekündigten Maßnahmen müssen im Land Brandenburg zügig umgesetzt und wo nötig ergänzt werden. Die Unterstützungsleistungen müssen schnell und unbürokratisch bei den Menschen ankommen.

Deshalb fordert der AWO Landesverband Brandenburg e. V. von der Landesregierung folgende an den Bedarfen der Zielgruppen orientierte Maßnahmen:

Bedarfe der Bürger:innen

Dies beinhaltet insbesondere:

- **Informations- / Wissenstransfer (zielgruppenorientierte Öffentlichkeit)**
Nur wenn die Menschen die Unterstützungsmöglichkeiten kennen, können sie diese in Anspruch nehmen (z. B. Beantragung von Wohngeld).
- **zentrale Informationsstelle mit Lotsenfunktion und digitale sowie lokale Beratungsmöglichkeiten**
Um den Menschen im Flächenland Brandenburg die Beantragung von Unterstützungsmöglichkeiten so einfach wie möglich zu machen, sollten die entsprechenden Informationen über eine Internetseite, eine Hotline und Beratungsangebote vor Ort (z. B. im Rathaus, mit einem „Infomobil“, in bestehenden Beratungsstellen und Seniorenfreizeitstätten) zugänglich gemacht werden.
- **Sicherstellung einer schnellen Bearbeitung**
Dies setzt voraus, dass die Qualität und Vollständigkeit der Anträge gewährleistet sind. Hierzu bedarf es der qualifizierten und zugleich niedrigschwelligen Unterstützung bei der Antragsstellung.

¹ s. www.bundesregierung.de | Letzter Seitenzugriff: 08.09.2022

Bedarfe der Einrichtungen

Zudem sind erforderlich:

- **Ausgleich der Mehrkosten der Einrichtungen und Dienste sowie Beratungsstellen durch Preissteigerungen (Energie, ...)**

Die für das Jahr 2022 nicht ausgehandelten Mehrkosten sind durch Mehrbelastungsausgleiche aufzufangen, um den Bestand der sozialen Einrichtungen und Dienste zu sichern. Es muss verhindert werden, dass die finanziellen Mehraufwendungen zu Lasten der betreuten oder begleiteten Menschen oder ihrer Angehörigen gehen (z. B. durch steigende Eigenanteile in der Pflege, steigende Elternbeiträge in der Kita). Handlungsansätze sind aus Sicht des AWO Landesverbandes Brandenburg e. V.:

- bei landfinanzierten Angeboten: über Nachweissystem (wie bspw. bei der Persönlichen Schutzausrüstung (PSA))
- bei kommunalfinanzierten Angeboten: über ein zweckgebundenes Budget vom Land an die Kommunen
- durch modifizierte Einzelverhandlungen
- landeszentrale Berechnung von Mehrbelastungen / -kosten pro Kopf bei einzelverhandelten Einrichtungen und Diensten der Jugendhilfe (über Entwicklung des Verbraucherpreisindex)²
- Finanzierung der Kostensteigerungen bei verhandelten Verpflegungspauschalen in stationären und teilstationären Einrichtungen der Jugendhilfe und Eingliederungshilfe
- in Härtefällen: ausnahmsweise Zuschussfinanzierung ermöglichen

- **bedarfsgerechte Anpassung der Finanzierung in zuwendungsfinanzierten Bereichen**

Die Koppelung der Sachkosten an die Personalkosten führt aufgrund der massiv steigenden Energie- und Lebenshaltungskosten gegenwärtig zu einem strukturellen Defizit. Wird dem nicht entgegengewirkt, bleibt dem Träger zunächst eine Qualitätsreduzierung und schlussendlich nur die Einstellung des Leistungsangebotes.

- **umgehender quantitativer Ausbau der Beratungsangebote**

Um zeitnah Beratungsmöglichkeiten anbieten zu können, müssen die vorhandenen Beratungsstellen und -angebote mit zusätzlichen Ressourcen ausgestattet werden. Anderenfalls verschärft sich der derzeitige Trend langer Terminstände aufgrund des Mehrbedarfes an Beratungen. Um die dafür notwendigen zusätzlichen Ressourcen schnell heben zu können, braucht es u. a. Multiplikator:innen-Angebote / -Schulungen (im digitalen Format).

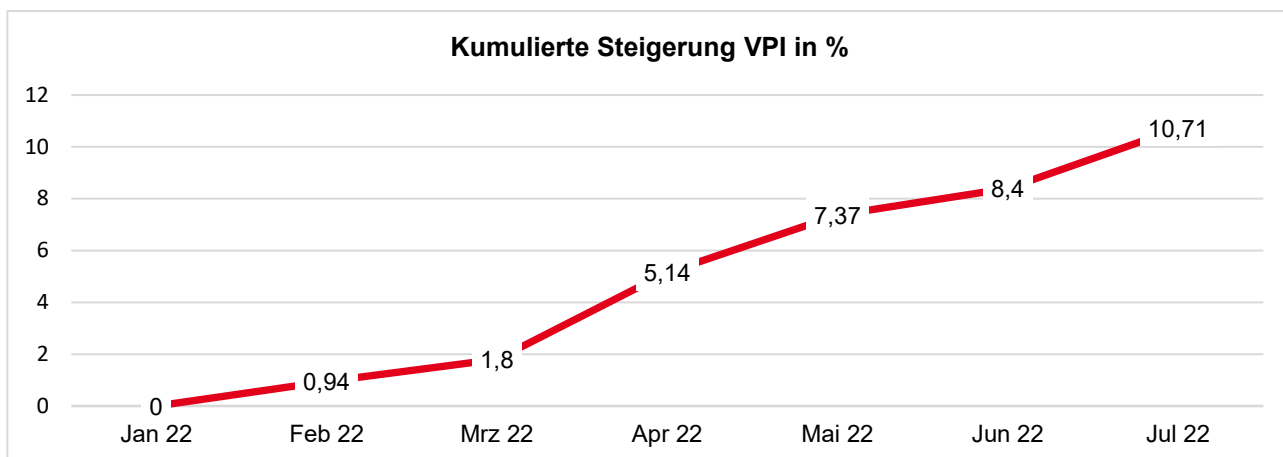
- **Verzahnung der Arbeit der verschiedenen Akteur:innen vor Ort**

Um eine zielgerichtete und rasche Bearbeitung der Anträge sicherzustellen, ist eine gute Verzahnung zwischen externer Beratung / Unterstützung und den zuständigen Behörden notwendig (z. B. Tandem-Beratung durch Angebote / Einrichtungen und Ämter / Behörden; ggf. Antragsvorbereitung durch externe Beratung).

² s. S. 3

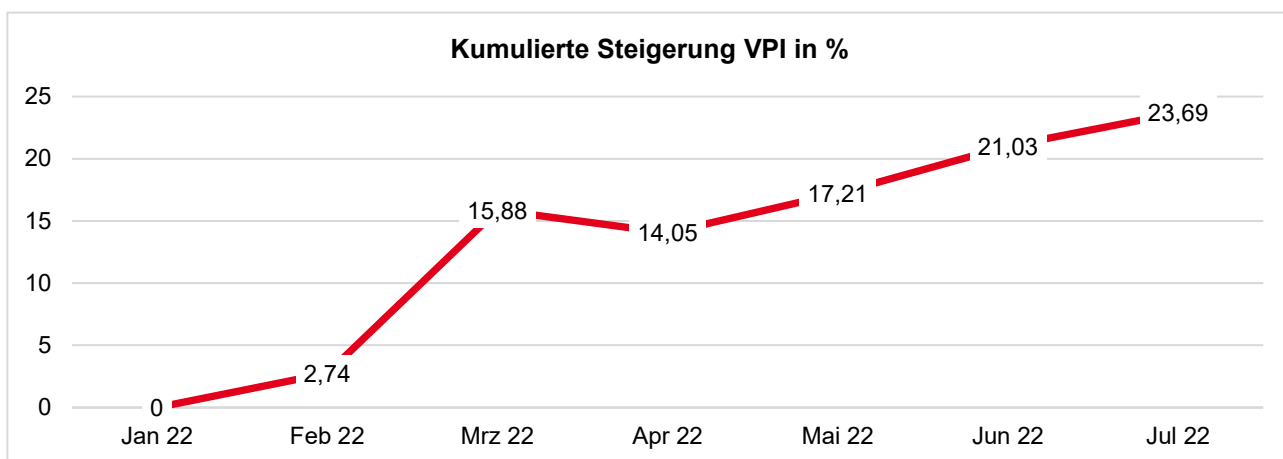
Bedarfe Entwicklung der Verbraucherpreisindexe (VPI)

Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke



	Januar 2022	Februar 2022	März 2022	April 2022	Mai 2022	Juni 2022	Juli 2022
Indexwert ³	116,7	117,8	118,8	122,7	125,3	126,5	129,2
Steigerung monatlich		+ 0,94 %	+ 0,85 %	+ 3,28 %	+ 2,12 %	+ 0,96 %	+ 2,13 %
Steigerung kumuliert		0,94 %	1,80 %	5,14 %	7,37 %	8,4 %	10,71 %

Strom, Gas und andere Brennstoffe



	Januar 2022	Februar 2022	März 2022	April 2022	Mai 2022	Juni 2022	Juli 2022
Indexwert ⁴	120,3	123,6	139,4	137,2	141,0	145,6	148,8
Steigerung monatlich		+ 2,74 %	+ 12,78 %	- 1,58 %	+ 2,77 %	+ 3,26 %	+ 2,20 %
Steigerung kumuliert		2,74 %	15,88 %	14,05 %	17,21 %	21,03 %	23,69 %

³ Verbraucherpreisindex-Wert mit Basis 2015=100 | s. www.destatis.de | Letzter Seitenzugriff: 08.09.2022

⁴ Verbraucherpreisindex-Wert mit Basis 2015=100 | s. www.destatis.de | Letzter Seitenzugriff: 08.09.2022